



Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung

In Zusammenarbeit mit
dem EastWest Institute



34/2006

November 2006

Globale Ressourcensicherheit: Herausforderungen und Handlungs- empfehlungen für die Politik

von Nino Galetti / Christina Langhorst

Die Sicherheit der globalen Ressourcenversorgung ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die weltweit wachsende Nachfrage nach Rohstoffen verschärft die Knappheit der verfügbaren Ressourcen und die Konkurrenz zwischen den Konsumenten. Aufgrund des transnationalen Charakters der Rohstoffversorgung ist die Versorgungssicherheit nicht mehr nur ein Thema der Wirtschafts- und Umweltpolitik, sondern erhält zunehmend eine außen- und sicherheitspolitische Dimension. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat die Bundesregierung beschlossen, die globale Ressourcensicherheit auf die Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu setzen und sie beim Gipfeltreffen der G8-Staaten im Juni 2007 in Heiligendamm als zentralen Punkt zu diskutieren. Den deutschen nationalstaatlichen Interessen und Bedürfnissen kann dabei nur Hand in Hand mit einer gemeinsamen europäischen Strategie begegnet werden, die wiederum globale Entwicklungen berücksichtigen muss.

Das vorliegende Diskussionspapier basiert auf den Ergebnissen einer Tagung zur globalen Ressourcensicherheit, die gemeinsam von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem EastWest Institute am 5./6. Oktober 2006 in Berlin ausgerichtet wurde. Das Papier stellt die großen Herausforderungen einer sicheren Rohstoffversorgung dar und bietet Lösungsansätze für die Politik.

Inhalt

I. Problemlage der globalen Ressourcenversorgung	Seite 2
II. Schritte zur Versorgungssicherheit: Zehn Forderungen an die Politik	Seite 4
III. Fazit	Seite 11
IV. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 12

I. Problemlage der globalen Ressourcenversorgung

Die Verfügbarkeit von Ressourcen spielt eine zentrale Rolle für die Sicherung unseres Wohlstands. Öl, Gas und Kohle stellen die wichtigsten fossilen Energieträger für Industrie, Transport und Verkehr sowie Privatverbrauch dar. Gemeinsam mit mineralischen und metallischen Rohstoffen liefern sie wichtige Ressourcen für unseren täglichen Bedarf. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen ist eine grundlegende Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum; ohne ihren Einsatz kann eine moderne Gesellschaft nicht funktionieren.

Die weltweiten Ressourcenvorkommen sind regional ungleich verteilt. Das macht Handel und Transport von Rohstoffen notwendig. Ebenso wie viele andere große Industrienationen muss auch die Bundesrepublik Deutschland einen Großteil ihrer benötigten Rohstoffe importieren. Über 90 Prozent des Ölbedarfs, über 80 Prozent des Gasbedarfs und sogar über 60 Prozent der in Deutschland benötigten Kohle werden derzeit importiert. Auch die übrigen G8-Staaten mit Ausnahme Russlands sind erheblich vom Rohstoffimport abhängig.

Mit dem steigenden Wohlstand in der Welt entwickeln neue Akteure großen Bedarf: China, Indien und andere Schwellenländer befinden sich in der Situation eines rapiden wirtschaftlichen Aufstiegs und einer wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen. Die Internationale Energieagentur (IEA) erwartet in den nächsten 25 Jahren einen Anstieg der weltweiten Energienachfrage um mehr als 50 Prozent. Über 70 Prozent dieses Anstiegs beanspruchen die Entwicklungsländer. Allein China wird in 15 Jahren schätzungsweise jährlich 450 Millionen Tonnen Rohöl verbrauchen, aber nur 180 Millionen Tonnen selbst fördern. Einen entsprechenden Nachfrageboom gibt es bei Metallen und Mineralien.

Die steigende Nachfrage nach fossilen Energieträgern wird den Ausstoß an energiebedingten CO²-Emissionen weltweit um mehr als 50 Prozent erhöhen. Damit hat die steigende Rohstoffnachfrage ernstzunehmende Folgen für Umwelt und Klima. Der geplante *Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie* wird den Bedarf an fossilen Energieträgern weiter steigern. Noch immer beträgt der Anteil der Atomenergie am gesamten deutschen Energiebedarf rund 25 Prozent. Da erneuerbare Energien diesen Anteil in absehbarer Zeit nicht vollständig ersetzen können, wird der Import von Rohöl, Erdgas und Kohle weiter steigen.

Der wachsende Bedarf führt zu einer Verknappung von Rohstoffen auf den globalen Märkten. Die Knappheit manifestiert sich in steigenden Preisen: Die Preise für Öl sind seit Ende der 90er Jahre in die Höhe geschossen. Ein Barrel Öl kostete im Zeitraum von 1986 bis Anfang dieses Jahrtausends rund 20 US-Dollar. Im Juni 2006 hat der Ölpreis den Höchststand von fast 80 US-Dollar pro Barrel erreicht. Auch bei Gas, Mineralien und Metallen sind die Preise in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Importabhängige Industrieländer wie die Bundesrepublik Deutschland sind den

hohen und volatilen Weltmarktpreisen ausgeliefert – mit entsprechenden Konsequenzen für Produktion, Beschäftigung und Konsum.

Häufig sind regionale politische und soziale Unruhen und Konflikte in den Rohstoffförderländern mitverantwortlich für Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten. Gerade in rohstoffreichen Entwicklungsländern sind die Ressourcenvorkommen häufig eine Ursache für Verteilungskämpfe, ethno-soziale Rivalitäten und Bürgerkriege. Anstatt sie zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einzusetzen, werden die Einnahmen aus Rohstoffexporten in diesen Ländern oftmals zur Aufrüstung autoritärer Regime verwendet. Eine unruhige und unübersichtliche innenpolitische Lage trägt erheblich zur Unsicherheit bei der Ressourcenversorgung bei.

Das *Investitionsklima für multinational agierende Unternehmen in der Rohstoffbranche leidet* unter den bestehenden Unsicherheiten, so dass Investitionen in neue Förderkapazitäten und technologische Neuentwicklungen zur Gewinnung von Rohstoffen unterbleiben. Langfristig führt dies zur Verknappung des Ressourcenangebots. Angesichts der Tatsache, dass rund 70 Prozent der bekannten Öl- und Gasreserven in politisch instabilen Regionen liegen, ist die Stabilisierung rohstoffexportierender Länder ein wichtiger Faktor bei der Sicherung unserer Versorgung.

Der Preisanstieg der fossilen Brennstoffe Öl und Gas wurde auch dadurch forciert, dass der ungewöhnlich schnell steigende globale Bedarf lange Zeit übersehen wurde. Aufgrund der andauernden niedrigen Rohölpreise von 1986 bis 2000 wurden in einigen Regionen der Welt *Investitionen in Förderkapazitäten nicht rechtzeitig getätigt*. China etwa hat die heimische Förderung von Rohöl vernachlässigt, da es glaubte, auf dem Weltmarkt ausreichende Mengen kaufen zu können.

Auch bei den *Mineralien und Metallen* wie Eisenerz, Stahl oder Koks gab es lange Zeit ein Überangebot, das sich in einem internationalen Preisverfall widerspiegelte und den für die Förderung verantwortlichen Betrieben eine Steigerung der Investitionen als unwirtschaftlich erscheinen ließ. Ebenso ist bei *selten vorkommenden Rohstoffen* eine Hochpreisphase zu beobachten, so beispielsweise beim Nichteisenmetall Coltan, das unter anderem für die Produktion von Mobiltelefonen benötigt wird. Besonders für Deutschland stellen die steigenden Rohstoffpreise eine schwierige Situation dar: Gab es in den 80er Jahren noch viele Unternehmen, die von der Mine bis zur Produktion alles in einer Hand hatten, hat sich die Wirtschaft nach und nach von diesem Modell der vertikalen Integration verabschiedet. Als Konsequenz ist die deutsche Wirtschaft heute mehr denn je darauf angewiesen, die benötigten Rohstoffe auf dem Weltmarkt einzukaufen. Damit sind deutsche Firmen den Schwankungen der Weltmarktpreise in besonderer Weise ausgesetzt.

Die Knappheit von Rohstoffen in Kombination mit der ungleichen Verteilung der Vorkommen verursacht die *Herausbildung von Abhängigkeiten zwischen Rohstoffimport- und -exportnationen*. Einige Regierungen rohstoffproduzierender Länder tendieren

dazu, ihre Vorkommen als Element der Machtpolitik einzusetzen. Durch eine strategische Energiepolitik baut Russland derzeit seine Monopolstellung in den GUS-Staaten aus und versucht, auch die Gasversorgung der EU-Staaten zu dominieren. Deutschland importiert bereits heute 37 Prozent des Erdgasbedarfs und 41 Prozent des benötigten Erdöls aus Russland und bezieht damit einen beträchtlichen Teil seiner Energieversorgung von seinem östlichen Nachbarn. Die Preissteigerungen um mehr als die doppelte Höhe, die Russland im Jahr 2006 gegenüber den Abnehmerstaaten Ukraine und Georgien angekündigt hat, sollten als Warnsignal interpretiert werden. Die Beispiele der Anbieterländer Iran, Venezuela oder Bolivien zeigen, dass Vorsicht geboten ist, denn eine einstmals kooperative Haltung kann jeder Zeit gegen einen unberechenbaren Kurs eingetauscht werden.

Eine unkooperative Haltung wird oftmals begleitet von einer *Distanzierung zur demokratischen Wertegemeinschaft der OECD-Staaten*. Einige wichtige Rohstoffexportländer wie Saudi-Arabien oder Algerien sind bisher nicht Mitglieder der Welthandelsorganisation, die Rahmenbedingungen für den Handel mit Rohstoffen schafft.

Weltweit sind Tendenzen der *Renationalisierung der Energiepolitik* zu erkennen. In Staaten wie Russland oder Bolivien ist die Privatisierung von Energieunternehmen rückgängig gemacht worden, Frankreich oder Spanien versuchen ihre Energiemärkte vor ausländischen Investoren zu schützen. Diese Entwicklung stellt die Funktionsfähigkeit eines globalen Energiemarktes in Frage.

Ein weiteres Problem ist die hohe *Verletzlichkeit der Infrastruktur des Ressourcentransports*. Unfälle oder Naturkatastrophen (wie etwa der Wirbelsturm Katrina), gezielte Terror-Anschläge und Kriege stellen eine Gefahr für Öltanker und Pipelines dar. Sie können die internationale Knappheit verschärfen und bergen ernstzunehmende Preis- und Versorgungsrisiken, die sich auf die global auf die Wirtschaft auswirken könnten.

Ein zusätzlich destabilisierender Faktor liegt in der Tatsache, dass sich die bestehenden Unsicherheiten auf den Ressourcenmärkten leicht auf das Börsenparkett übertragen. Allein schon die *Befürchtung* von Risiken bietet eine vielversprechende *Angriffsfläche für Spekulanten an den Finanz- und Kapitalmärkten*. In Phasen angespannter und ungewisser Preisentwicklung lassen sich hohe Arbitragegewinne erzielen. Als Konsequenz sind Rohstoffpreise besonders volatil.

II. Schritte zur Versorgungssicherheit: Zehn Forderungen an die Politik

Aus der beschriebenen Problemlage lassen sich Schlussfolgerungen ziehen, die für eine Ressourcenstrategie, deren primäres Ziel die Versorgungssicherheit ist, von Bedeutung sind. Der folgende Abschnitt liefert zehn zentrale Orientierungspunkte, die der Politik Bausteine für eine sichere, bezahlbare, nachhaltige, umweltschonende und gesellschaftlich akzeptierte Ressourcenversorgung bieten.

1. Diversifizierung von Rohstoffquellen und Rohstoffarten

Da die Rohstoffvorkommen dieser Erde in bestimmten Regionen konzentriert sind, muss eine nachhaltige nationale Rohstoffstrategie darauf abzielen, Rohstoffe von möglichst vielen Anbietern zu beziehen. Ein Land, das sich von *einem* Anbieter abhängig macht, ist anfällig für dessen machtsstrategische Aktionen und gleichzeitig auch verletzlicher im Krisenfall. Eine Diversifizierung der Bezugsquellen erhöht die Versorgungssicherheit und unterstützt gleichzeitig eine internationale Machtbalance. Insbesondere die wachsende Abhängigkeit Deutschlands und der EU von Russlands fossilen Energieträgern Erdgas und Erdöl ist hier zu überdenken.

Ebenso wie die Bezugsquellen, sollten auch die Rohstoffarten, auf die ein Land angewiesen ist, möglichst breit angelegt sein. Das gilt insbesondere für den Bereich Energie, da es hier möglich ist, unterschiedliche Rohstoffe substitutiv zu verwenden. Die Bundesrepublik Deutschland ist in dieser Hinsicht gut aufgestellt: Etwa zu zwei Dritteln werden Kohle, Gas und Öl zur Energiegewinnung herangezogen. Rund 25 Prozent werden aus Kernkraft gewonnen, rund 10 Prozent aus erneuerbaren Energien.

Um diesen Energiemix beizubehalten und die Versorgungssicherheit auf eine breite Basis zu stellen, sollte die Bundesregierung den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Atomenergie bei gleichzeitiger Abwägung mit den bestehenden Sicherheitsrisiken der Kernkraft überdenken. Die öffentliche Diskussion über Kernkraft ist ideologisch belastet. 20 Jahre nach Tschernobyl werden die Argumente gegen Atomkraft dem heutigen Knowhow der Nukleartechnologie nicht gerecht. Der Ausstieg aus der Atomenergie isoliert Deutschland nicht nur von seinen europäischen und westlichen Partnern, sondern führt auch dazu, dass Deutschland seine weltweit führende Position in der Nukleartechnologie verliert. Es stellt sich die Frage, ob der Ausstieg vertretbar ist, wenn gleichzeitig zahlreiche Staaten wie Schweden und Finnland, aber auch China und Russland verstärkt auf Atomenergie setzen.

2. Erneuerbare Energien verstärkt einsetzen und fördern

Erneuerbare Energien tragen dazu bei, unsere Versorgungssicherheit zu stärken. Die Bundesregierung ist bestrebt bis 2020 rund 20 Prozent des deutschen Energiebedarfs über erneuerbare Energien abzudecken. Damit wird die Abhängigkeit von Rohstoffförderländern verringert, die Diversifizierung der Energieversorgung unterstützt und zusätzlich ein wichtiger Beitrag für den schonenden Umgang mit unseren fossilen Energieressourcen geleistet, der unserer Umwelt zu gute kommt.

Um jedoch fossile Energieträger vollständig ersetzen zu können, fehlt es Biokraftstoffen, Solarzellen, Windrädern oder Erdwärme bislang an Effizienz und preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Sie können aber einen Anteil unseres Bedarfs decken und darüber hinaus unsere strategische und ökonomische Abhängigkeit von fossilen

Energieträgern mindern. Politik und Wirtschaft dürfen in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, die Technologien der erneuerbaren Energien weiter zu entwickeln und wettbewerbsfähig zu machen.

Davon kann Deutschland als weltweit führender Standort für Forschung und Entwicklung alternativer Energieformen besonders profitieren: China und andere Schwellenländer zeigen aufgrund des gestiegenen Rohstoffbedarfs aber auch aufgrund der allmählichen Entwicklung eines Umweltbewusstseins starkes Interesse an diesen technologischen Neuentwicklungen.

3. Investitionen in neue Technologien

Weitere zukunftsfähige Neuentwicklungen im Energiebereich müssen vorangetrieben werden. Der Einsatz der Wasserstofftechnologie oder die Weiterentwicklung der Nukleartechnologie könnten die Abhängigkeit von den bislang dominierenden fossilen Brennstoffen Gas, Öl und Kohle entschärfen und zur Versorgungssicherheit sowie zur Verminderung der CO²-Emissionen beitragen.

Aber auch bei den fossilen Brennstoffen kann technischer Fortschritt eine effizientere und umweltschonendere Nutzung sicherstellen. Die *Clean Coal Technologie* ermöglicht eine umweltschonendere und wirtschaftlich rentablere Nutzung von Kohle, als es in der Vergangenheit möglich war. Angesichts der Tatsache, dass über 60 Prozent der bekannten Reserven an fossilen Energieträgern aus Kohle bestehen, sind Fortschritte in diesem Bereich sehr wichtig.

Die Mehrzahl der Kraftwerke in Westdeutschland stammt aus den 70er Jahren. In der nahen Zukunft stehen wir vor der Herausforderung, diese inzwischen veralteten Kraftwerke durch modernere und effektivere Technologien zu ersetzen. Die erforderlichen Investitionen sind eine große Chance, neue Technologien zum Einsatz zu bringen. Gemeinsam mit dem Energieunternehmen muss die Bundesregierung diese Chance offensiv nutzen.

Darüber hinaus gilt es, alternative Energiequellen zu entdecken und neue Rohstoffeigenschaften zu erforschen. Dabei müssen auch Ideen und Entwicklungen aus anderen Ländern berücksichtigt werden: So hat etwa Brasilien bereits jahrzehntelange Erfahrung in der Herstellung und Nutzung von Biokraftstoffen. Diese Kenntnisse sind vorbehaltlos heranzuziehen.

4. Verstärkte Suche und Erschließung neuer Vorkommen

Der Reichtum unserer Erde an Rohstoffen ist nach wie vor sehr groß. Viele Voraussagen über die Endlichkeit von Rohstoffen mussten revidiert werden. Wurden in den frühen 80er Jahren die globalen Ölreserven auf 1,7 Milliarden Barrel geschätzt; so

werden heute sogar 3,3 Milliarden Barrel vermutet. Der Zeitpunkt, zu dem die globalen Ölvorkommen zur Hälfte erschöpft sein würden, wurde vor einigen Jahren auf Mitte der 1990er Jahre festgelegt. Inzwischen rechnen Experten, dass dieser Punkt zwischen 2020 und 2040 erreicht sein wird. Die stetige Suche nach neuen Vorkommen und die Weiterentwicklung der Technologien haben neue Reserven aufgedeckt und zu neuen Erkenntnissen geführt: So konnten frühere Prognosen über die Endlichkeit globaler Rohstoffe widerlegt werden. Das Problem liegt nicht allein in der Endlichkeit, sondern auch in der Erschließbarkeit der Vorkommen.

Neue Verfahren können dazu beitragen, bisher unerschlossene, schwer zugängliche Ressourcenquellen aufzufinden. Ein großer Teil unerschlossener Vorkommen wird unter den Meeresböden vermutet. Um diese Quellen wirtschaftlich und umweltfreundlich erschließen zu können, muss noch stärker in die Weiterentwicklung der Fördertechnik investiert werden. Es ist wichtig, dass Unternehmen und der Staat gemeinsam stärker als bislang in die Erforschung entsprechender Projekte investieren.

5. Multilaterale Kooperation zwischen Staaten

Eine weltweit nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen ist ein transnationales Problem, dem nur mit internationalen Lösungen auf allen Ebenen begegnet werden kann. Kein Nationalstaat kann dies allein schaffen. Im gemeinsamen Interesse an stabilen Preisen, verlässlichen Bezugsquellen und sicheren Transportwegen müssen Export-, Import- und Transitländer zusammenarbeiten.

Es gilt, die internationalen Regelwerke zur globalen Ressourcensicherheit zu stärken. Die neuen Nachfragenationen sind nicht Gegner sondern Partner: Sie haben ähnliche Interessen. Ebenso wie die Versorgerstaaten müssen sie intensiver als bisher in bestehende Strukturen eingebunden werden, so dass Konflikte in Zukunft auf Basis von Streitschlichtung geregelt werden können.

Der bereits 1994 unterzeichnete und 1998 völkerrechtlich verbindlich in Kraft getretene multilaterale *Vertrag über die Energiecharta* bietet die Chance zu einem umfassenden Weltenergiesystem: Durch eine Verpflichtung zur langfristigen Kooperation im Energiebereich soll die Charta zur weltweiten Versorgungssicherheit beitragen. Neben Handelsbedingungen, die mit den Regeln der Welthandelsorganisation vereinbar sind (Abbau von hohen Exportzöllen und nichttarifären Handelshemmnissen), fordert sie Investitionssicherheit und Energieeffizienz und berücksichtigt auch umweltpolitische Aspekte. Die Charta bietet ferner Wege zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten.

Zu den Unterzeichnerstaaten des Vertrags zählen alle ehemaligen Sowjetrepubliken, Japan, Australien und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sowie alle weiteren Länder Mittel- und Osteuropas. Die USA und Kanada sind nicht beigetreten. Eini-

ge Staaten – darunter Russland als wichtiger Energieversorger – haben die Charta zwar unterzeichnet, bislang aber noch nicht ratifiziert. Hier müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um Russland als wichtiges Energieversorgerland in die gemeinsamen Verpflichtungen einzubinden.

Auch das transnationale Instrument der *Joint Oil Data Initiative* (JODI) muss verbessert und auf weitere Energiequellen, vor allem auf Gas, ausgeweitet werden. In dieser Initiative haben sich sieben internationale Organisationen zusammengeschlossen (darunter die OPEC, die EU und die OECD) die statistische Daten über die Menge der globalen Förderung von Erdöl, sowie den Bedarf, erfassen und in regelmäßigen Berichten offen legen. Größere Transparenz und verlässliche Daten sollen dafür sorgen, große Preisschwankungen und die Bildung spekulativer Blasen im internationalen Erdölgeschäft zu verhindern.

Bei der internationalen Kooperation sind globale Ansätze wünschenswert. Regionale Initiativen sind jedoch häufig erfolversprechender, da hier eher auf bestehende Kooperationsstrukturen zurückgegriffen werden kann. Vor diesem Hintergrund erscheint der Plan, bis 2008 einen gemeinsamen EU-Markt für Öl und Energie zu etablieren, notwendig und geboten.

Die bislang unternommenen Schritte unterstreichen die Bedeutung politischer Führungsqualitäten für die internationale Ressourcenkooperation. Politische Initiativen können bestehende Fronten aufbrechen und so zur grenzüberschreitenden Abstimmung in der Ressourcenfrage beitragen. Die Energie- und Ressourcenkooperation fordert so den Dialog der Kulturen und birgt Chancen für eine friedlichere Welt.

6. Einbindung der Anbieter durch bilaterale Verträge

Ergänzend zu multilateraler Kooperation sind sowohl auf regierungs- als auch auf Ebene der Unternehmen bilaterale Verträge mit den Rohstofflieferanten notwendig. Politik und Wirtschaft müssen neue Partner identifizieren und diese durch konkrete Maßnahmen, wie etwa den gemeinsamen Bau von neuen Pipelines oder durch den Ausbau von Hafenkapazitäten, langfristig in Lieferbeziehungen einbinden.

Für Deutschland und die Europäische Union bedarf die Ressourcenfrage insbesondere bei der Gestaltung der Beziehungen zu ihren östlichen Nachbarn stärkerer Aufmerksamkeit. Deutsche und europäische Firmen müssen mutiger als bisher in Zentralasien investieren und den Bau von Pipelines unterstützen. Auf diese Weise kann diese ressourcenreiche Region an Europa angebunden werden.

Im Zuge der Forcierung bilateraler Lieferabkommen sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, dass 85 Prozent aller Öl- und Gasvorkommen unter staatlicher Kontrolle stehen und nur 15 Prozent unter der Verantwortung der global agierenden

Rohstoffkonzerne. Die Handlungskompetenz für bilaterale Abkommen liegt daher in erster Linie auf Ebene der politischen Entscheidungsträger der jeweiligen Staaten.

7. Unterstützung stabiler und transparenter Verhältnisse in den Förderländern und Sicherung der Transportwege

Zur Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen gehört auch die politische und wirtschaftliche Stabilisierung von Rohstoffförderländern. Die westliche Entwicklungszusammenarbeit fördert gute Regierungsführung in politisch und sozial instabilen Staaten. Eine verantwortungsvolle, demokratische und friedliche Regierungsführung in den Anbieterstaaten wird eher für kooperative Lösungsansätze offen sein und damit zur Sicherung der weltweiten Rohstoffversorgung beitragen. In freiheitlichen Demokratien können auch die Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft am Dialog teilnehmen und Impulse geben.

Mehr Transparenz bei der Verwendung der Einnahmen aus Ressourcenexporten kann insbesondere in rohstofffördernden Entwicklungsländern zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die Offenlegung der Rohstoffeinnahmen unterstützt die Bekämpfung von Korruption und die Ausbildung von verantwortlichem Regierungshandeln. Sie bildet die Grundlage dafür, dass Rohstoffeinkommen auch der Bevölkerung vor Ort zu gute kommen. Die investierenden Firmen stehen hier in der Pflicht, sich am Aufbau solider und transparenter Governance-Strukturen in rohstoffreichen Entwicklungs- und Schwellenländern zu beteiligen.

Im Kontext politisch instabiler Bedingungen in Erzeugerländern stellt sich auch die Frage nach einem sicherheitspolitischen Engagement zum Zweck der Ressourcenversorgung. Hier ist die Bundesrepublik Deutschland aufgerufen, in Abstimmung mit der Europäischen Union klar zu definieren, ob die Versorgungssicherheit als Legitimierung für eine Beteiligung gemeinsamer Streitkräfte in Krisenherden gelten kann.

Die grenzüberschreitende Transportinfrastruktur, insbesondere für Erdöl und Erdgas bedarf eines verstärkten Fokus einer internationalen Ressourcenkooperation. Investitionen in die Energieinfrastruktur, insbesondere in Pipelines, stellen einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Versorgung mit Erdgas und Erdöl dar. So hat die Türkei als wichtiges Transitland für Ressourcentransporte die Initiative zum Bau von Pipelines ergriffen, um die Transportmedien stärker zu diversifizieren und so die Konzentration von Öltankern in der Meeresenge Bosphorus zu entschärfen. Auch die Wahrscheinlichkeit von Umweltkatastrophen durch Tankerunglücke wird so verringert.

8. Kooperation von Staat und Wirtschaft

Kooperation ist nicht nur auf der zwischenstaatlichen Ebene gefordert. Ebenso sind Initiativen zwischen Unternehmen, sowie Abstimmungen zwischen staatlichen Akteu-

ren und dem privaten Sektor für die Zukunft der Versorgungssicherheit von Nöten. Dabei ist es Aufgabe der Politik, den Unternehmen stabile und sichere Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit der Ressourcenmärkte zu bieten. Investitionen in Rohstoffförderung und Energiegewinnung werden nur dann getätigt, wenn ein Unternehmen halbwegs sichere Erwartungen über die künftigen Erträge bilden kann. Das gilt insbesondere im Rohstoffbereich, da Investitionen in diesem Feld sehr teuer (z.B. Bohrinselfn), und Erträge in einer Situation unsicherer Preisentwicklung ungewiss sind. Weitere Aufgaben des Staates sind die Sicherung eines fairen Wettbewerbs, die Ausgestaltung innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen und die Förderung von Humankapital durch Bildungsoffensiven zu den Aufgaben des Staates.

So wichtig stabile Rahmenbedingungen auch sind, so bedeutend ist es gleichzeitig, dass gesetzliche Vorgaben die Privatwirtschaft nicht zu sehr beschränken. Angetrieben durch einen funktionierenden Wettbewerb kann der Privatsektor in der Regel technologische Entwicklungen besser vorantreiben als der Staat. Ressourcenmangel bietet der Privatwirtschaft die Chance, durch technologische Innovationen zur effizienteren Erschließung und Nutzung von Ressourcen zu trumpfen.

Der Privatsektor muss seine Verantwortung wahrnehmen und den Staat in den Bemühungen zur Versorgungssicherheit unterstützen. Unternehmen können durch den Abschluss langfristiger Lieferverträge mit ihren Ressourcenlieferanten, durch Diversifizierung ihrer Bezugsquellen sowie durch eine effiziente Vorratshaltung das Versorgungsrisiko minimieren. Auch durch eine Rückkehr zur Rohstoffgewinnung können Abhängigkeiten von den Lieferanten gemindert werden. Japan z.B. hat seit jeher an dieser Strategie festgehalten.

9. Mehr Effizienz beim Erzeuger – mehr Sparsamkeit beim Verbraucher

Die Energieeffizienz muss weiter gesteigert werden. Prozessinnovationen, d.h. Techniken, die zu Einsparungen beim Energie- und Rohstoffverbrauch beitragen, wie z.B. die Entwicklung rohstoffeffizienter Kraftwerke, Motoren oder Haushaltsgeräte bedarf in diesem Sinne besonderer Aufmerksamkeit. Hier muss den Kräften des freien Marktes Spielräume gelassen werden. Jeder Unternehmer, der Geld einsparen kann, wird dies aus eigenem Interesse tun und nach neuen Lösungen suchen. Der Staat kann Anreize geben und Ziele setzen.

Zusätzlich muss das Bewusstsein der Menschen für einen schonenden Umgang mit unseren Ressourcen weiter gestärkt werden. Dies kann etwa durch einheitliche und transparente Etikettierungen zum Rohstoff- und Energieverbrauch bestimmter Haushaltsgeräte erfolgen. Auf diese Weise wird dem Verbraucher ein Teil der Verantwortung für den Ressourcenverbrauch übertragen. Aber auch Politik, Wirtschaft, verbrauchernahe Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen darauf hinarbeiten, Sparsamkeit im Verbrauch von Rohstoffen als Handlungsprinzip in der Gesellschaft zu verankern. Insbesondere für Industrieländer, die deutlich mehr

Rohstoffe verbrauchen als weniger entwickelte Länder, ist ressourcenbewusstes Verbraucherverhalten eine unausgeschöpfte Rohstoffreserve, die uns einen verantwortlicheren Umgang mit den knappen Gütern nahe legt.

10. Ressourcensicherheit als strategische Aufgabe der Politik

Die Bundesregierung sollte die Ressourcensicherheit zu einer zentralen strategischen Aufgabe der deutschen Außenpolitik machen. Die Sicherheit der Versorgung Deutschlands mit Ressourcen ist für die deutsche Wirtschaft und für die Erhaltung unseres Wohlstands von größter Bedeutung. Damit liegt die globale Ressourcensicherheit im elementaren Interesse Deutschlands.

Die sekundäre Bedeutung, die das Thema bislang in der bundesdeutschen Politik innehatte, spiegelt sich in der Tatsache wider, dass die Kompetenzen für die Rohstoffversorgung in der Bundesregierung nicht eindeutig zugeordnet sind: Das Thema wird derzeit in den Bundesministerien für Wirtschaft, Umwelt, Entwicklung, Bildung/Forschung sowie im Auswärtigen Amt behandelt. Eine Bündelung der Verantwortung in einer „Bundesagentur für Ressourcensicherheit“, die unter der Leitung eines Staatssekretärs steht, würde dem Thema eine starke Stimme am Kabinetttisch verleihen.

III. Fazit

Die Sicherung der globalen Ressourcenversorgung ist eine vielschichtige Herausforderung. Es wird deutlich, dass eine möglichst vielseitige Lösungsstrategie erforderlich ist. Durch eine kohärente Vorgehensweise ist dafür Sorge zu tragen, dass die unterschiedlichen Lösungsansätze ineinander greifen und sich gegenseitig ergänzen.

Grundsätzlich muss Deutschland gemeinsam mit der EU die energiepolitische Debatte weiter vorantreiben und dabei die weltweite Kooperation als strategische Herausforderung wahrnehmen. Eine besondere Verantwortung liegt bei den G8 Staaten, die aufgrund ihrer großen Bedeutung für die Weltwirtschaft in der Lage sind, die Versorgungssicherheit zu thematisieren und die Suche nach Lösungsansätzen voranzutreiben. Ziel muss es sein, dass eine weltweite Verknappung von Ressourcen nicht zu neuen internationalen Konflikten oder Krisen führt. Frieden ist die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Dazu muss die deutsche G8-Präsidentschaft einen Beitrag leisten.

Ihre Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Nino Galetti
Referent Grundsatzfragen
Hauptabteilung Internationale
Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Klingelhöferstr.23
10907 Berlin
E-Mail: nino.galetti@kas.de
Telefon: 030 / 26996-3466

Christina Langhorst
Koordinatorin für Internationale
Wirtschaftspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Klingelhöferstr. 23
10907 Berlin
E-Mail: christina.langhorst@kas.de
Telefon: 030 / 26996-3517